

Mobilfunk: Streiten Stadt und Betreiber vor Gericht?

Würzburg - Sie schießen wie Pilze aus dem Boden: Immer neue Mobilfunkanlagen, schon 130 Basisstationen sind im Stadtgebiet verteilt. Doch es gibt Widerstand, vor allem in den Wohngebieten. Nun könnte erstmals ein Fall vor dem Verwaltungsgericht landen.

Um ihr Netz zu verbessern oder auszubauen, lassen Mobilfunkbetreiber immer mehr Masten mit den so genannten Basisstationen aufstellen - viele von ihnen auf Hausdächern. **In der Bevölkerung wächst die Sorge vor der Strahlenbelastung.** Diese Ängste Ernst zu nehmen und gemeinsam mit den Mobilfunkbetreibern geeignete Standorte zu suchen - das hat sich in Würzburg der so genannte Runde Tisch zur Aufgabe gemacht. An ihm sitzen der Umweltreferent, Mitarbeiter des Umweltamtes, der Bauverwaltung, die Mobilfunkbetreiber und - theoretisch - jeweils ein Sprecher pro Stadtratsfraktion. Nicht selten aber ist CSU-Mann Karl Adam allein auf weiter Flur. Er hat sich wie kein anderer mit der Thematik befasst. Sein Credo: Mobilfunk nicht fundamental ablehnen, sondern die Standorte der Anlagen optimieren.

Dazu gehört, sie nur in reichlichem Abstand zu Schulen oder Kindergärten aufzustellen. So empfiehlt es auch der Mobilfunk-Pakt Bayern. Adam hält viel von dieser freiwilligen Vereinbarung zwischen Freistaat und Mobilfunkbetreibern. Letztere freilich treten in den Verhandlungen am Runden Tisch sehr unterschiedlich auf: Die einen (wie E-Plus oder T-Mobile) kooperativ, sie akzeptieren in der Regel vorgeschlagene Alternativ-Standorte. **Dagegen wird O2 als aggressiver Hardliner geschildert. Das Mobilfunk-Unternehmen hat sich in einem Brief ans Rathaus über die Behandlung seiner Anträge beschwert. Und es könnte noch dicker kommen.**

Adam rechnet mit einer Klage von O2 vor dem Verwaltungsgericht. Grund: Die Ablehnung einer Mobilfunkanlage in der Sanderrothstraße im Stadtteil Frauenland. Der Stadtrat hatte die Aufstellung wegen der Nähe zur Kepler-Schule, Waldorfschule und zum Kinderheim St. Alfons verweigert. Das Mobilfunk-Unternehmen wandte sich daraufhin an die Regierung von Unterfranken - und bekam Recht: Nach Stand der Forschung dürfe man nicht von einer Gesundheitsgefahr ausgehen, heißt es am Peterplatz. Ungewöhnlich: Die Regierung ficht die Ablehnung der Stadt nicht per Widerspruch an, sondern legt dem Mobilfunkbetreiber den Gang vors Verwaltungsgericht nahe. "Die Regierung wäscht sich rein", kritisierte am Dienstag der Bau- und Ordnungsausschuss. Adam wirft aber auch der Stadtverwaltung einen handwerklichen Fehler im Verfahren vor. Das Baureferat habe es in dem konkreten Fall versäumt, mit Verweis auf den Mobilfunk-Pakt einen Alternativ-Standort zu verlangen. Konter des Umweltreferenten: Der Pakt sei vom Städtetag nicht unterzeichnet worden und damit für Würzburg nicht gültig. Der so düpierte Adam will nun Klarheit aus München. Gestern schrieb er an Umweltminister Werner Schnappauf.

Von unserem Redaktionsmitglied Andreas Jungbauer

Quelle: Main Post 5.4.2006

<http://www.mainpost.de/mainfranken/wuestadt/art735,3504201.html?fCMS=0495d4d882206e493953c8a2022c7f3e>